STADT PUCHHEIM Puchheim, 18.06.2018

4-024-re

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum:	5. Juni 2018	**Beginn:**	17:30 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses	**Ende:**	19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine
Hofschuster, Thomas
Keil, Max
Koch, Reinhold Dr.
Leone, Jean-Marie
Matthes, Sigrun Dr. ab 17:45 Uhr
Ponn, Barbara
Pürkner, Erich
Sengl, Manfred Dr.
Stricker, Hans-Georg
von Hagen, Michaela ab 17:45 Uhr
Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Schmeiser, Beatrix

Gäste

Zöller, Rainer

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Bericht Bauhof - Winterdienst, Straßenreinigung usw.	
TOP 3	Städtebauliche Zielsetzung zur Höhenentwicklung im Bereich der Rainerstraße zwischen Lagerstraße und Lochhauser Straße	2018/0694
TOP 4	ÖPNV in Puchheim; 10-Minuten-Takt auf der MVV-Regionalbuslinie 830	2018/0693
TOP 5	Bekanntgaben	
TOP 6	Verschiedenes	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:35 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 10.04.2018 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

TOP 2 Bericht Bauhof - Winterdienst, Straßenreinigung usw.

Der Vorsitzende begrüßte Bauhofleiter Frischmann, der einen Bericht über die Themen Abfallbehälter, Straßenreinigung und Winterdienst geben werde. Herr Frischmann informierte insbesondere über Folgendes: Im Bereich der Stadt Puchheim gebe es 166 Abfallbehälter, davon seien 33 Hundetoiletten. Die Leerung zweimal wöchentlich verursache Kosten in Höhe ca. 31.000 €/Jahr. Pro Jahr würden ca. 165.000 Hundekotbeutel verbraucht, die zusätzlich rd. 3.300 € kosten würden. Die jährlich anfallende Müllmenge von ca. 350 m³ werde durch Pressen auf 200 m³ reduziert, wofür sich die Kosten bei einer Abrechnung nach m³ auf ca. 5.000 € belaufen würden. Positiv sei, dass sich der Verbrauch der Mülltüten durch die Umstellung der Müllbehälter auf Bodenentleerung deutlich reduziert habe. Die noch vorhandenen 15 alten Behälter würden nach und nach ausgetauscht. Bei diesen bestehe noch das Problem, dass die Leute ihren Hausmüll in den öffentlichen Behältern entsorgen. Bei den neuen Behältern mit kleinen Öffnungen sei das Einwerfen größerer Beutel nicht mehr möglich. Die Einführung eines Pfandringsystems halte er nicht für erforderlich, da in Puchheim nicht besonders viele Pfandflaschen weggeworfen würden. Vom Gröbenzeller Bauhofleiter habe er bzgl. deren Systems keine positive Rückmeldung erhalten. Bei den Abfallbehältern gebe es seit einiger Zeit ein Problem wegen der Geruchsbelästigung durch Hundekotbeutel. Deshalb habe man auf den Behältern neben Parkbänken und an Bushaltestellen Aufkleber mit der Bitte angebracht, dort keine Hundekotbeutel einzuwerfen. Daraufhin habe es wiederum Beschwerden der Hundebesitzer gegeben. Als einzige Alternative sehe er hier nur die Möglichkeit, die Abfallbehälter so zu versetzen, dass sie einen größeren Abstand hätten, und an einigen Stellen zusätzliche Hundekotbehälter aufzustellen.

Die Straßenkehrung erfolge seit 2018 mit einer neuen Firma. Je nach Wetter fänden im Jahr neun bis zehn Straßenkehrungen statt. Zusätzlich würden für die Gehwegreinigung mittels einer nach Aufwand gebuchten kleinen Maschine ca. 250 Stunden jährlich anfallen. Die Kosten für die Straßenkehrungen würden sich bei ca. 85 Kehrkilometern dieses Jahr auf voraussichtlich 15.200 € belaufen, hinzu käme die nach Einsatzzeit abzurechnende Gehwegreinigung mit geschätzt 24.000 €. Die Entsorgung des Kehrguts koste rd. 21.500 € im Jahr. Mit der gebraucht angeschafften kleinen Kehrmaschine, mit der bisher z. B. nach dem Volksfest gereinigt werde, könnte man die Kosten für die Fremdvergabe der Gehwegreinigung von 24.000 € einsparen. Hierfür sei aber ein zusätzlicher Mitarbeiter notwendig, der die Maschine fahre. Dieser stünde dann aber auch außerhalb der Kehrzeiten für die Mitarbeit im Bauhof zu Verfügung und die Kehrung könne auch flexibler erfolgen. Durch den flexiblen Einsatz der Kleinkehrmaschine könnte dann evtl. die Anzahl der Großkehrungen reduziert werden, da verbliebene Schmutzstellen (wg. parkender Autos) bei Bedarf extra gereinigt werden könnten. Der erforderliche

Mitarbeiter für die städtische Kehrmaschine könnte auch zum Leeren der Mülleimer eingesetzt werden, womit ein Teil der hierfür anfallenden Fremdkosten von 31.000 € eingespart werden könnten.

Für den Winterdienst seien im wöchentlichen Wechsel jeweils zehn Mitarbeiter eingeteilt. Die Bereitschaft beginne um 3 Uhr morgens und ende um 20 Uhr abends. Die Räumung erfolge nach einem Stufenplan, wobei Stufe 1 Schneehöhen von 3 bis 5 cm, Stufe 2 ab 5 cm und Stufe 3 ab ca. 10 cm umfasse. Aufgrund der geringen Schneemenge sei seit einigen Jahren in manchen Straßen deshalb kein Schneeräumer gefahren. Bei vielen kleineren Straßen könne das große Fahrzeug wegen der geparkten Fahrzeuge nicht räumen. Im Winter 2017/18 sei es zu dreißig Einsätzen auf den Straßen sowie zwanzig Einsätzen auf den Gehwegen und bei den städtischen Objekten gekommen. Dabei seien ca. 80 Tonnen Streusalz verbraucht worden. Der Splittverbrauch einschließlich der aus den Bürgern zur Verfügung gestellten Boxen habe bei 110 t gelegen. 862 Arbeitsstunden seien für den Winterdienst angefallen, davon 590 außerhalb der regulären Arbeitszeit. Für den Winterdienst im Bahnbereich sei eine Firma beauftragt worden. Die beiden Bahnsteige und die Treppe Richtung Fürstenfeldbruck würden allerdings in der Verantwortung der Bahn liegen und durch von dieser beauftragte Firmen geräumt und gestreut. Die Beschwerden von Bürgern seien im vergangenen Winter relativ überschaubar gewesen, und es seien auch keine schweren Stürze gemeldet worden.

Der Vorsitzende dankte Herrn Frischmann für den Bericht und den Einsatz durch den Bauhof.

StR Keil dankte für die tolle Leistung, die der Bauhof bringe. Er fragte nach, ob es nicht die Möglichkeit gebe, teilweise mit den Nachbarkommunen, z. B. beim Kehrdienst, zusammenzuarbeiten.
Herr Frischmann teilte mit, dass dies vor Jahren auch schon angedacht worden sei. Mittlerweile habe aber beispielsweise der Gröbenzeller Bauhof seine Kehrmaschine fast dauernd im Einsatz. Zudem würden die Frühjahrs- und Herbstkehrungen fast gleichzeitig stattfinden, so dass hier keine Kapazitäten frei wären. Es sei in jedem Fall so, dass man sich im Einzelfall aushelfe, was auch mit Eichenau und Germering gut funktioniere. Er werde das Thema Zusammenarbeit aber im Auge behalten.
Der Vorsitzende ergänzte, dass man hier, ähnlich wie beim Maschinenring, ggf. an den Einsatz von Spezialmaschinen denken könne.

StR Leone bedankte sich ebenfalls für den Bericht. Er bat zudem um die Präsentation, um anhand des Planes überlegen zu können, wo ggf. noch Abfallbehälter aufgestellt werden könnten. Zur Frage des Pfandrings schlug er vor, ob man es nicht im Bereich des Bahnhofs mit drei bis vier Stationen mal ausprobieren sollte.
Herr Frischmann antwortete, dass dies möglich sei. Er würde auf jeder Seite zwei Pfandringe und einen weiteren in der Mitte beim Treppenabgang aufstellen.

StRin von Hagen berichtete, dass sie darauf angesprochen worden sei, dass beim Fuß- und Radweg an der Nordendstraße zwischen Hotel und Netto ziemlich viel Müll liege.
Herr Frischmann berichtete, dass er sich diesen Bereich aufgrund einer Meldung schon angeschaut habe. Im Randbereich seien u.a. noch Silvesterböller gelegen. Diese hätte die Kehrmaschine eigentlich mitnehmen müssen. Inzwischen sei die Verschmutzung beseitigt. Wenn künftig die städtische Kehrmaschine für die Gehwegreinigung eingesetzt würde, sollte dies eigentlich nicht mehr passieren. Der Mitarbeiter hätte dann den Auftrag, die neuralgischen Punkte und auch die Spielplätze zu prüfen und bei Bedarf zu kehren.

StR Stricker richtete ebenfalls seinen Dank an den Bauhof für den großen Einsatz. Er sei aber nach wie vor der Meinung, möglichst wenige Müllbehälter aufzustellen. Die Menschen dürften nicht motiviert

werden, ihren Müll im öffentlichen Bereich zu entsorgen. Vielleicht könne die Stadtverwaltung vermehrt Aktionen durchführen, damit die Leute etwas umweltbewusster werden.

StR Hofschuster bedankte sich ebenfalls für die Darstellung bei Herrn Frischmann und sprach seinen Dank an den Bauhof aus. Der Winterdienst und die Reinigung seien augenscheinliche Aufgaben. Viele wichtige Aufgaben würden allerdings durch den Bauhof im Hintergrund erledigt. Dies seien auch viele kleine Sachen, für deren Umsetzung dem Bauhof besonderer Dank gebühre. Insbesondere als Volksfestreferent habe er mitbekommen, wie flexibel der Bauhof reagiere und dabei das Erforderliche einfach umsetze.
Von StR Hoiß sei er gebeten worden, das Thema Alarmanlagen und die Aufschaltung beim Bauhof anzusprechen. Man müsse schauen, wie man das handhaben könne, so dass der Bauhof dies trotz der bestehenden Arbeitsbelastung bewältigen könne. Wenn es nicht machbar sei, müsse man sich Alternativen überlegen.
Herr Frischmann berichtete, dass die gewünschte Bereitschaft in Planung sei. Leider könne er für diese Aufgabe nicht jeden Mitarbeiter einsetzen. Er habe aber die Hoffnung, dass er sechs bis acht Leute für die Abdeckung der Rufbereitschaft einteilen könne. Ziel sei es, bis Ende des Jahres eine 24-Stunden-Rufbereitschaft zu haben. Hierbei gehe es um die verschiedensten Aufgaben, wie herausgehobene Gullydeckel oder umgefahrene Verkehrsschilder usw.. Problematisch seien die vielen Fehlalarme, wie z. B. beim JUZ und beim PUC. Hier müsse das System noch verbessert werden.

StR Dr. Koch erkundigte sich im Hinblick auf die dargestellte Karte, ob es nicht sinnvoll sei, dafür ein Infosystem im GIS aufzubauen.
Herr Frischmann führte aus, dass es ein System gebe, das bei der Kehrung im Fahrzeug selbst dokumentiere, wo z. B. gekehrt oder nur gefahren werde.

StRin Eger gab eine Frage von Hundebesitzern weiter, ob nicht bei der Brücke an der Gutenbergstraße ein Hundekotbehälter aufgestellt werden könne.
Herr Frischmann teilte mit, dass nichts dagegen spreche, dort bei Bedarf einen Behälter aufzustellen. Er informierte außerdem, dass in den nächsten Tagen beim Kaspar-Hof in Puchheim-Ort, auf der Höhe des Übergangs über die B2, ein Behälter aufgestellt werde.

Auf die letzte Frage antwortete der Vorsitzende, dass ca. 30.000 € Hundesteuer pro Jahr eingenommen würden.

TOP 3 Städtebauliche Zielsetzung zur Höhenentwicklung im Bereich der Rainerstraße zwischen Lagerstraße und Lochhauser Straße

Der Vorsitzende führte eingangs aus, dass sich der Bauausschuss im Rahmen einer Bauvoranfrage mit der Frage der künftigen Höhenentwicklung für den Bereich der Rainerstraße auseinandergesetzt und diese an den Planungsausschuss weitergegeben habe. Anschließend erläuterte Frau Reichel anhand der Präsentation kurz die Bauvoranfrage mit der Aufstockung einer bestehenden Doppelhaushälfte von E+D auf E+1, den früheren Bebauungsplanentwurf für den Bereich mit der vorgesehenen E+D-Bebauung, die Entwicklung der Bebauung in den letzten Jahren und den aktuellen Bestand an E+D- und E+1-Gebäuden im Bereich der Rainerstraße und der Umgebung. Im Hinblick auf die städtebauliche Zielsetzung sei sowohl ein Festhalten an der E+D-Bebauung in der zweiten Reihe als

auch eine zweigeschossige Bebauung möglich. Hier müsse man abwägen und bei der Entscheidung u.a. die Auswirkung auf die Nachbargrundstücke im Osten sowie die festgesetzte E+D-Bebauung im Bereich Birkenstraße bedenken. Das Ziel der abgestuften Gebäudestruktur mit E+D-Bebauung sollte mit einem Bebauungsplan abgesichert werden. Bei einer Änderung der Ziele in Richtung E+1 sei die Aufstellung eines Bebauungsplanes zunächst nicht erforderlich. Als städtebauliches Ziel könne dann aber die Höhenentwicklung festgelegt werden.

Der Vorsitzende ergänzte, dass er sich in diesem Bereich zwischen Lochhauser Straße und Lagerstraße eine zweigeschossige Bebauung auch in zweiter Baureihe vorstellen könne.

StR Dr. Sengl hielt es für gut, dass der Bauausschuss diese Frage zur grundsätzlichen Diskussion an den Planungsausschuss überwiesen habe. In den Randbereichen gebe es bereits eine andere Entwicklung. Deshalb sei es gut, sich über die künftige Höhenentwicklung Gedanken zu machen. Man müsse die langfristige Entwicklung bedenken und dabei das Ziel der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung im Auge haben. Das Gebiet liege im inneren Stadtbereich, weshalb er hier bei einer Entwicklung mit zwei Vollgeschossen und E+1 sehr gut mitgehen könne. Die maximale Höhenentwicklung solle aber begrenzt werden. Er sehe den Bedarf, die weitere Entwicklung in einem Bebauungsplan zu regeln. Dann müsse man aber auch den Bebauungsplan Birkenstraße anpassen. Hier seien bei ähnlichen Grundstücken die Gebäude in zweiter Reihe auf E+D begrenzt und zudem ein Abstand von 14 m zur Grundstücksgrenze einzuhalten. Er beantrage daher, einen Bebauungsplan aufzustellen und gleichzeitig den Bebauungsplan Birkenstraße anzupassen.

StR Dr. Koch sprach sich ebenfalls für einen Bebauungsplan aus. Er denke aber, dass man in diesem Bereich mit der Zielsetzung E+D, wie auch in der Fichten- und Buchenstraße, sehr gut gefahren sei. Er verwies auch auf die Friedenstraße und die Sandbergstraße, wo es mit der dichteren Hinterbebauung Probleme gebe. Die vorhandenen Erschließungsstraßen würden es nicht packen, wenn die Hinterliegergrundstücke „aufgerüstet“ würden. Dies gelte für die Rainerstraße in besonderem Maße.

3. Bürgermeister Zöller (als Gast anwesend) berichtete, dass man sich im Bauausschuss viele Gedanken gemacht habe. Man habe die Umgebung genau angeschaut. Auch städtebaulich habe man die Aufstockung als nicht unproblematisch bewertet. Den Fall habe man als Anlass gesehen, über die weitere Entwicklung im Bereich der Rainerstraße zu beraten und daher die Frage an den Planungsausschuss weitergegeben. Die Entscheidung zur Bauvoranfrage sei einstimmig mit 8 : 0 gefasst worden.

StR Hofschuster fand es erfreulich, dass das Thema vom Bauausschuss weitergegeben worden sei. Es sei wichtig, von einer Einzelfallentscheidung aus auch den Blick für die Weiterentwicklung zu öffnen. Er sei mit den Bauherren bekannt, was aber seine Haltung zu diesem Thema nicht beeinflusst habe. Dass hier auf großem Grund auf Dauer nur kleine Häuschen stehen sollen, sei aus seiner Sicht nicht haltbar. In der Vergangenheit sei schon beraten worden, dass eine Nachverdichtung im Zentrum sinnvoll sei. Vor diesem Hintergrund solle man nicht an einer E+D-Bauweise festhalten. Er plädiere daher für eine Bebauung mit E+1. Dies sehe er auch für andere Bereiche so, natürlich in Abhängigkeit von der übrigen Nutzbarkeit.

StRin Dr. Matthes hielt es ebenfalls für gut, dass hier seitens des Bauausschusses eine Debatte angestoßen worden sei. Es gebe den Grundsatz, dass man im inneren Bereich nachverdichte. In diesem Gebiet sei ein Potential für die Nachverdichtung vorhanden. Man müsse ggf. auch untersuchen, inwieweit die Infrastruktur vielleicht nachverdichtet werden müsse. Der Verkehr müsse über die bestehenden Straßen abgewickelt werden. Die Rainerstraße sei im Gegensatz zur Birkenstraße sehr eng.

Möglicherweise könne man die Erschließung sinnvoll ergänzen. Vielleicht könne man über einen Bebauungsplan nochmals ein Konzept andenken, das die Versiegelung durch gemeinsame Erschließungswege – wie z.B. in der Freilandstraße - begrenze. Man sollte auch überlegen, ob man im rückwärtigen Bereich eine verbindende Radwegachse entwickeln könne. Im Zusammenhang mit der Überplanung solle man prüfen, ob es Möglichkeiten gebe.

StR Dr. Sengl führte aus, dass die Nachverdichtung nicht so groß sei, da die Gebäude ja schon vorhanden oder eingeplant seien und nur noch ein zweites Geschoss dazukomme. Zufahrten für Hinterliegergrundstücke könne man nicht vermeiden. Über die Zunahme des Verkehrs würde er sich hier, gemessen an der Zahl der Objekte, weniger Gedanken machen.

StR Pürkner führte aus, dass man sich dem Schutz des Außenbereichs verschrieben habe. Dies gehe nur, wenn man im inneren Ort eine maßvolle Verdichtung anstrebe. Zur Bauvoranfrage führte er aus, dass es dabei darum gegangen sei, bestehendes Recht zu vollziehen. In der jetzigen Diskussion gehe es darum, bestehendes Recht zu ändern. Für die Nachverdichtung durch eine zweigeschossige Bebauung in der zweiten Baureihe müsse ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Auch der Bebauungsplan für den Bereich der Birkenstraße sollte seiner Ansicht nach geändert werden.

Der Vorsitzende wies auf die begrenzten Kapazitäten in der Bauverwaltung hin. Das Gebiet mit einem Bebauungsplan zu überplanen, sei ein langfristiges Ziel, das durchaus berechtigt sei. Wenn man sich als Beispiel die Friedenstraße anschaue, könne man sehen, welcher Aufwand damit verbunden sei, ein bebautes Gebiet zu überplanen.

Lt. StR Leone stelle sich die Frage, ob man weiter mit § 34 BauGB arbeite oder ob es nicht notwendig sei, das Gebiet städtebaulich zu überplanen und Rechtssicherheit über einen Bebauungsplan zu erlangen. Er plädiere dafür, einen Bebauungsplan anzustreben. Er sei auch dafür, eine Verdichtung in der zweiten Baureihe durch die Zulassung des zweiten Geschosses anzustreben. Für diese zweite Reihe solle aber eine maximale Höhenlinie vorgegeben werden. Die Verschattung sei hier ein wichtiges Thema. Die Interessen der Eigentümer in der ersten Baureihe seien ebenfalls zu berücksichtigen, weshalb es wichtig sei, dass sich die Höhenentwicklung im Rahmen halte. Insgesamt spreche er sich hier für die zweite Baureihe für E+1 bei einer Begrenzung der Gesamthöhe auf 9 bis 10 m aus.

StRin Ponn brachte als weiteren Vorteil eines Bebauungsplanes ein, dass man damit die vorhandenen schützenswerten Bäume festsetzen könne. Zu ihrer Frage nach den Stellplätzen antwortete Frau Reichel, dass hierfür die Stellplatzsatzung gelte. Wenn z.B. für ein Haus mit einer Wohnfläche von über 80 m² bereits bei der Errichtung zwei Stellplätze erforderlich gewesen seien, ändere sich daran auch bei einer Vergrößerung der Wohnfläche nichts. Dies gelte aber nur, wenn keine zusätzliche Wohnung entstehe.

StRin Dr. Matthes stellte fest, dass es mehr Menschen und mehr Verkehr anziehe, wenn man mehr Raum schaffe. Es sei heute schon so, dass sich viele Verkehrsteilnehmer die Straße teilen. Hier müsse man über Verkehrssicherheit, shared-space oder Ähnliches nachdenken und die Frage stellen, wie dies für die Rainerstraße künftig gelöst werden könne.

StR Stricker teilte mit, dass er den Anliegerverkehr in der Rainerstraße für überschaubar halte. Dies gelte auch hinsichtlich der Rad fahrenden Schulkinder am Morgen und zu Schulende. Er glaube nicht, dass es problematisch sei. Es gebe aber Leichtsinn beim Queren der Lagerstraße durch die Schüler. Die Querung der Lochhauser Straße sei ebenfalls ein entscheidender Punkt.

Der Vorsitzende fasste als Ergebnis der Beratung zusammen, dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden solle, der als ein städtebauliches Ziel die Regelung der Höhenentwicklung auf der Grundlage

von E+1+D habe. Die Verwaltung solle den Auftrag erhalten, die Aufstellung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

StR Dr. Sengl brachte nochmals seinen Antrag hinsichtlich der Änderung des Bebauungsplanes für die Birkenstraße ein. Der Bereich Birkenstraße solle mit überplant und hier auch die Bebauung von E+D auf E+1 geändert werden.

Der Vorsitzende stellte fest, dass er diese beiden Plangebiete trennen und die Birkenstraße eher als eigenen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen würde.

Auf Nachfrage teilte Frau Reichel mit, dass das ursprüngliche Plangebiet 15/16 aufgrund seiner Größe aufgeteilt worden sei, um es sinnvoll überplanen zu können. Eine Zusammenlegung der beiden Planbereiche werde daher nicht empfohlen. Ein mögliches Verfahren für die Birkenstraße sollte als Änderungsverfahren für diesen Bebauungsplan durchgeführt werden.

StR Leone hielt die Informationslage für den Bereich Birkenstraße als Grundlage für eine Entscheidung zur Änderung des Bebauungsplanes für etwas dünn. Er würde sich auch dafür aussprechen, beide Gebiete gleichzeitig anzupacken, aber dies in getrennten Verfahren durchführen. Aber hierfür brauche man mehr Informationen als Entscheidungsgrundlage.

Der Vorsitzende schlug daraufhin nochmals vor, zunächst den Beschluss zum Bereich Rainerstraße zu fassen und für die nächste PUAS einen TOP einzubringen, der den Bebauungsplan Birkenstraße zum Thema habe.

StR Dr. Sengl hielt seinen Antrag aufrecht, wobei man die Änderung auf die Höhenentwicklung begrenzen könne.

Der Vorsitzende stellte daraufhin zunächst den weitergehenden Antrag zur Abstimmung:

Beschluss

Für den Bereich der Rainerstraße wird ein Bebauungsplan aufgestellt, der u. a. das städtebauliche Ziel verfolgt, die Höhenentwicklung zu regeln und dabei E+1 in der zweiten Baureihe mit Festlegung der maximalen Höhe festsetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes vorzubereiten. Der Bebauungsplan Nr. 15/16, 2. Teilbereich (Abschnitt West) für den Bereich der Birkenstraße wird mit der gleichen Zielsetzung geändert.

Abstimmungsergebnis: 3 : 10

Damit war dieser Antrag abgelehnt. Der Planungs- und Umweltausschuss fasste anschließend den folgenden

Beschluss

Für den Bereich der Rainerstraße wird ein Bebauungsplan aufgestellt, der u. a. das städtebauliche Ziel verfolgt, die Höhenentwicklung zu regeln und dabei E+1 in der zweiten Baureihe mit Festlegung der maximalen Höhe festsetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 4 ÖPNV in Puchheim;
10-Minuten-Takt auf der MVV-Regionalbuslinie 830

Der Vorsitzende leitete die Beratung mit dem Hinweis auf die Beschlussvorlage ein, in der es um eine Empfehlung an den Stadtrat gehe, zur Umsetzung des 10-Minuten-Taktes auf der Buslinie 830 zu den Hauptverkehrszeiten das Angebot über ca. 105.000 € anzunehmen und hierzu eine entsprechende vertragliche Regelung mit dem Landkreis abzuschließen.

StR Dr. Sengl führte aus, dass dies auf den Antrag seiner Fraktion aus dem letzten Herbst zurückgehe. Ausgangspunkt sei gewesen, dass der jetzt bestehende 15-Minuten-Takt nicht mit dem 20-Minuten-Takt der S 4 zusammenpasse. Er finde es auf der Grundlage der Einschätzung des Landratsamtes vernünftig, den 10-Minuten-Takt auf die Zeit des Hauptverkehrs zu begrenzen. Wenn man den Busverkehr verbessern wolle, sei diese Linie eine Hauptachse. Man müsse für deren Nutzung werben. Der Zubringer zum Bahnhof wäre damit deutlich verbessert. Er bitte alle Mitglieder, dem Vorschlag zuzustimmen und die notwendigen Mittel hierfür einzusetzen.

StR Hofschuster erinnerte daran, dass alle eine Taktverbesserung für wünschenswert gehalten hätten. Man müsse aber schon schlucken, wenn man die sehr hohen Kosten hierfür sehe. Grundsätzlich stehe er der Maßnahme aufgeschlossen gegenüber. Dass man sich bis 2024 binden müsse, die Kosten zu übernehmen, sei ein großer Punkt. Es wäre besser, wenn man es mit dem 10-Minuten-Takt erst mal ein oder zwei Jahre versuchen könnte. Wenn man in irgendeiner Weise daraufhin hinwirken könne, sich nicht bis 2024 binden zu müssen, würde er dies begrüßen. Vielleicht gebe es eine Art Notausstiegslösung aus dem Vertrag.
Der Vorsitzende wies hierzu darauf hin, dass es seines Wissens deshalb diese lange Bindung gebe, da hierfür ein Bus angeschafft und das entsprechende Personal eingestellt werden müsse. Diese Investition würde durch die Vertragsbindung abgesichert.

StR Pürkner führte aus, dass man vor Jahren immer zu hören bekommen habe, dass Busse außerhalb der Stoßzeiten leer fahren würden. Dies sei heute kein Argument mehr. Wenn man mehr Bürger vom PKW wegbringen wolle, dann müsse man Angebote machen. Im Prinzip sei der 10-Minuten-Takt daher eine gute Sache. Aufgefallen sei ihm aber, dass dieser Bus ja nicht nur Puchheimer Bürgern diene, sondern auch den Gröbenzellern. Daher wäre abzuklären, ob sich die Gemeinde Gröbenzell an den Kosten beteiligen würde.

StR Dr. Koch erklärte, dass er hinsichtlich dieses Themas nicht mehr ganz so euphorisch sei wie noch im September. Man komme an die Grenzen der Kapazität der Lochhauser Straße, wenn zusätzlich zu den bestehenden Fahrten die Buslinie 830 alle zehn Minuten fahre. An einem Radfahrer in der Lochhauser Straße fahre dann alle drei Minuten ein Bus vorbei. Er begrüße es daher, dass der 10-Minuten-Takt auf die Hauptverkehrszeiten zurückgenommen werde. Die genannten Hauptverkehrszeiten seien ihm aber zu lange. In der Früh würde es ausreichen, den 10-Minuten-Takt nur bis zum Ende des verstärkten Takts bei der Bahn fahren zu lassen. Auch abends brauche es seiner Ansicht nach einen 10-Minuten-Takt bis fast 20 Uhr nicht. Man müsse sich auch zu den Linien 832 und 855 etwas überlegen.

StRin von Hagen stellte fest, dass die Taktverdichtung ein großes Thema bei der Bevölkerung sei, weshalb sie froh über diesen Beschlussvorschlag sei. Sie sei in jedem Fall dafür. Sie würde die Gröbenzeller ebenfalls mit einbeziehen.

StR Leone stellte fest, dass es eigentlich ein Paradoxon sei, wenn man eine Konkurrenzsituation zwischen dem ÖPNV und Radfahrern aufbaue. Es wäre in jedem Fall ein falscher Schritt, wenn man den ÖPNV wegen der Radfahrer nicht ausbaue. Er glaube, dass der 10-Minuten-Takt eine erhebliche Verbesserung bringe. Die Linie führe als Hauptader über die Lochhauser Straße und der Bus würde gut genutzt. Dies spreche ganz stark dafür, das Angebot anzunehmen. Man solle die Anregung von StR Pürkner aufgreifen und mit Gröbenzell sprechen, ob eine Beteiligung an den Kosten möglich sei, weil für die Gröbenzeller durchaus auch ein Vorteil bestehe.

StRin Wiesner berichtete, dass sie beobachten könne, dass der Bus besonders zu den Hauptverkehrszeiten sehr voll sei. Der 10-Minuten-Takt sei daher sehr zu begrüßen. Da der Bus beim An- und Abfahren doch sehr viel Lärm mache, hoffe sie auf einen künftigen Einsatz von E-Bussen. Unabhängig davon sei es in jedem Fall sehr wichtig, dass der Bustakt verdichtet werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass er dem 10-Minuten-Takt ebenfalls einen hohen Wert beimesse. Wichtig sei, dass die Leute auf den ÖPNV umsteigen, wozu eine kurze Wartezeit beitragen würde. Irgendwann sei jedoch auch seiner Ansicht nach die Kapazitätsgrenze für Busse in der Lochhauser Straße erreicht, aber noch nicht mit dieser Maßnahme. Irgendwann müsse man ggf. überlegen, ob man einen Teil des Autoverkehrs herausbekomme.

StR Dr. Sengl brachte ein, dass man wegen der Kapazität auch die Sinnhaftigkeit des 832er-Busses im Auge haben müsse. Vielleicht könne man in Kombination mit der Linie 855 eine Lösung finden.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass er den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung zur Abstimmung stellen würde, dass man bis zur Stadtratssitzung mit der Nachbarkommune verhandeln solle. Zu bedenken sei, dass der Beschluss in der kommenden Stadtratssitzung gefasst werden müsse, da sonst das Angebot nicht mehr gelte und der 10-Minuten-Takt dann erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt eingeführt werden könnte.

StR Dr. Koch wies nochmals darauf hin, dass die Hauptverkehrszeiten zu lang seien und er eine Verkürzung beantrage.

Der Vorsitzende erklärte, dass der vorliegende Beschlussvorschlag der weitergehende sei, weshalb er diesen zunächst zur Abstimmung stelle.

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

„Zur Umsetzung eines 10-Minuten-Takts auf der MVV-Regionalbuslinie 830 zu den Hauptverkehrszeiten wird das Kostenangebot des MVV über ca. 105.000 € angenommen. Der erste Bürgermeister wird beauftragt, die entsprechende vertragliche Regelung mit Wirkung zum kommenden Fahrplanwechsel mit dem Landkreis abzuschließen. Die zusätzlichen Haushaltsmittel sind ab dem Haushalt 2019 einzuplanen.“

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

TOP 5 Bekanntgaben

Der Vorsitzende gab bekannt, dass das vor über 25 Jahren im Auftrag von Campo Limpo aufgestellte Denkmal Durchblick inzwischen abgebaut worden sei. Er verwies auf den im Foto erkennbaren maroden Zustand des Holzes. Jetzt müsse man überlegen, wie es an diesem Standort weitergehen solle. Frau Schmeiser berichtete, dass die Teile der Skulptur derzeit im Bauhof eingelagert würden. Von Campo Limpo werde derzeit überlegt, ob man ein Teilstück davon wieder irgendwo aufstellen könne. Der Künstler könne sich vorstellen, für ca. 25.000 bis 30.000 € ein neues Kunstwerk für diesen Standort zu fertigen.

Der Vorsitzende erklärte, dass zunächst die Frage zu stellen sei, was die Stadt wolle. Wolle man dort z.B. wieder ein Kunstwerk haben, das eine politische Botschaft habe?

StR Keil schlug vor, dass man eine neue Ideensammlung als Grundlage für die weiteren Überlegungen machen könne.

StR Koch stellte fest, dass er sich ein Tor oder etwas Ähnliches an diesem Standort wieder vorstellen könne. Dies sei nicht so platzaufwendig und blockierend wie z. B. ein Brunnen.

StR Dr. Sengl berichtete, dass Campo Limpo schon erklärt habe, dass sie eine Beteiligung am Kunstwerk nicht stemmen können. Das Kunstwerk könne aus seiner Sicht wieder die Idee der „Einen Welt“ aufnehmen. Dies könne als Anstoß für eine Ideensammlung dienen. Eine gewisse politische Aussage an dieser Stelle hätte bereits eine Tradition. Es sei ein guter Platz für ein Denkmal.

StR Dr. Koch wies darauf hin, dass es noch die Bodenplatte gebe, die erkläre, was das Denkmal dargestellt habe.

StR Pürkner brachte ein, dass man gemeinsam eine politische Aussage formulieren und mit dieser Aussage einen Künstlerwettbewerb ausschreiben könne.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass er mitnehme, dass an dieser zentralen Stelle wieder ein Denkmal aufgestellt werden solle. Über die Umsetzung könne der Kultur- und Sportausschuss oder eine Arbeitsgruppe beraten.

Nachdem unter TOP Verschiedenes keine Wortmeldung erfolgte, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:30 Uhr.

Vorsitzender:	Schriftführer/in:
Norbert Seidl Erster Bürgermeister	Andrea Reichel